

WAHLKAMPF

Die SPD ist noch nicht ganz verloren

Die Wirtschaftskrise nutzt bisher vor allem der Union. Aber wenn die Arbeitslosigkeit deutlich steigt und die Angst in der Bevölkerung wächst, könnte sich das ändern.

VON THORSTEN FAAS

Auf die Finanzkrise folgte die staatliche Bankenrettung; auf die Wirtschaftskrise folgten staatliche Bürgschaften für Unternehmen. Der Staat greift wieder aktiv ein, nach sozialdemokratischer Manier. Gegeißelt werden "gierige" Manager, der Kapitalismus gerät in die Kritik. Was läge da näher als Verluste für bürgerliche Parteien, die zumeist als wirtschaftsnah gelten, und Gewinne für linke Parteien?

Mit der politischen Realität allerdings hat das wenig zu tun. Aus der Europawahl sind konservative Parteien flächendeckend gestärkt hervorgegangen, während die sozialdemokratischen und andere linke Parteien zumeist Verluste erlitten. Aktuelle Umfragen für die Bundestagswahl zeigen ein ähnliches Bild. Wieso aber spielt die Wirtschaftskrise linken Parteien nicht in die Hände? Drei Thesen, warum dem so ist – und ein Fazit, weshalb sich bis zum 27. September daran doch noch etwas ändern könnte.

Die Verantwortung ist ungeklärt

Wirft man einen Blick zurück auf die jüngere Wahlgeschichte und den Zusammenhang zwischen der volkswirtschaftlichen Lage einerseits, dem Abschneiden der Parteien andererseits, zeigt sich ein stabiles Muster: Große Regierungsparteien – gleich welcher Couleur – profitieren von einer prosperierenden Wirtschaft. Dem liegt die Wahrnehmung zugrunde, dass die Regierung einen erheblichen Teil der Verantwortung dafür trägt, wie sich die Wirtschaft entwickelt. Entsprechend wird sie belohnt, wenn es gut läuft, und bestraft, wenn es schlecht läuft.

Dieser Mechanismus allerdings versagt im aktuellen Fall: Niemand behauptet ernsthaft, dass die Regierungsparteien und ihre Politik die aktuelle Krise verschuldet haben. Die Krise gilt als ungewollter Import – aus den USA und von den Finanzmärkten. Eine ursächliche Verantwortung schreiben die Wähler den Regierungsparteien nicht zu. Deshalb hat dies auch keine direkte Auswirkung auf ihr Wahlverhalten.

Unmittelbare Verantwortung ist indes nicht alles. Auch der Arzt ist nicht schuld an der Krankheit eines Patienten, aber er ist dafür da, die Krankheit zu lindern oder zu heilen. Allerdings spielt auch die Behandlung der Symptome der Wirtschafts- und Finanzkrise linken Parteien nicht in die Hände: Von Rettungspaketen bis zu Konjunkturpaketen – all dies mag "linken" Mustern folgen, aber es wurde mit breiter Mehrheit beschlossen. Auch Konservative sahen, trotz mancher

ideologischer Bauchschmerzen, keine Alternative. Als Trennlinie zwischen den Parteien scheidet es für den Wähler zwangsläufig aus.

Das Thema ist zu komplex

Bestimmte Parteien besetzen bestimmte Themen. Amerikanische Wahlforscher nennen das issue ownership. Bestes Beispiel dafür ist die Umwelt – ein grünes Thema, das den Grünen „gehört“. Wenn gemäß dieser Logik ein Thema an Bedeutung gewinnt, nützt es der jeweiligen Partei.

Aber wem „gehört“ das Thema Wirtschaftskrise? Angesichts der Komplexität des Themas bietet es so viele verschiedene Zugänge, dass keine Partei alleine davon profitieren kann. Natürlich, Verstaatlichung von Banken, staatliche Eingriffe in die Wirtschaft, Skepsis gegenüber Managern, das sind alles klassisch linke Themen. Dem steht allerdings die Notwendigkeit gegenüber, den Wirtschaftsmotor wieder in Gang zu bringen. Und Wirtschaftskompetenz wird nun einmal eher bürgerlichen Parteien zugeschrieben.

In diesem Sinne wird die Krise bislang vor allem durch eine wirtschaftspolitische Brille betrachtet: Wem ist am ehesten zuzutrauen, die Ökonomie wieder in Schwung zu bringen?

Diese Krise selbst ist in der Wahrnehmung vieler Menschen noch gar nicht angekommen, auch wenn schon zahlreiche Unternehmen Insolvenz angemeldet haben und die Kurzarbeit stark zugenommen hat. Aber so lange die Arbeitslosigkeit noch nicht drastisch gestiegen ist, womit erst im Herbst gerechnet wird, fehlt die sozialpolitische Perspektive weitgehend. Erst sie würde den linken Parteien nützen.

Offen bliebe aber selbst dann allerdings, welche linken Parteien davon profitieren würden. Was für die Grünen die Umwelt, war für die SPD lange Zeit das Thema „soziale Gerechtigkeit“. Es galt als ihre Kernkompetenz. Seit der Agenda 2010 jedoch ist diese Verbindung nachhaltig gestört. Seitdem beansprucht die Linke das Thema mit einigem Erfolg für sich.

Zwar ist es der SPD gelungen, sich in der Wählerwahrnehmung wieder nach links zu verschieben und die Reformagenda in den Hintergrund zu schieben. Vergessen ist ihr reformerischer "Sündenfall" für viele einstige Anhänger aber nicht.

In unsicheren Zeiten kommt es auf Personen an

Schließlich ist die Dimension der aktuellen Wirtschaftskrise noch gar nicht recht klar. Sicher ist angesichts der immer noch düsteren Prognosen nur, dass sie sich deutlich von herkömmlichen Rezessionen unterscheidet und am ehesten an die Weltwirtschaftskrise vor 80 Jahren erinnert. Was die Frage aufwirft, ob die bisherigen Maßnahmen ausreichen und was noch alles kommt.

Wem aber wenden sich Bürger in solchen Zeiten der Unsicherheit zu? In Ermangelung harter Fakten spielen soft skills eine zentrale Rolle: Wem vertrauen die Menschen? Wen halten sie für glaubwürdig? Das Credo von Kanzlerin Angela

Merkel: „Die Krise ist schwerwiegend, aber wir schaffen das“ trifft den Nerv der Zeit, unterstützt von Wirtschaftsminister Karl-Theodor zu Guttenberg, der sich als „ehrlicher Makler“ und Beschützer der Interessen der Steuerzahler positioniert.

Dem zu begegnen, stellt für die SPD (wie für alle anderen Parteien auch) eine schwierige Aufgabe dar. Dies umso mehr, als ihre Aktivitäten und Vorschläge, etwa zur Rettung von Opel und Arcandor, auch in den Medien meist mit dem Etikett "Wahlkampf" versehen werden und deshalb als wenig überzeugend erscheinen.

Reinen Wahlkampf zu führen ist offenkundig derzeit aber noch nicht akzeptiert und gilt vielen Wählern angesichts der Krise auch als wenig legitim. Entsprechend gehen die Angriffe der SPD gegen die Union und Schwarz-Gelb bislang meist auch ins Leere.

Der SPD fehlt der Mann für die Wirtschaftskrise

Je näher allerdings der 27. September rückt, desto legitimer wird es, Wahlkampf zu führen. Bislang tun sich linke Parteien schwer mit der Wirtschaftskrise.

Das muss aber nicht so bleiben. Je stärker die Krise – etwa über steigende Arbeitslosenzahlen oder eine Diskussion über eine gerechte Verteilung der mit ihr verbundenen Lasten – eine sozial- und verteilungspolitische Dimension erhält, desto eher wird sie zum Thema der Sozialdemokraten und Linken.

Allerdings müssen sie dafür glaubwürdige Vorschläge machen. Dies ist ein Kernproblem der Linkspartei, der hier wenig zugetraut wird. Es ist aber auch der Schlüssel für die SPD. Dass ihr Außenminister und Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier Monate vor der Wahl vor den Werkstoren in Rüsselsheim medienwirksam die Rettung von Opel versprach, war allzu durchsichtig und wurde von den Wähler entsprechend wahrgenommen.

Die Kombination von Thema und Person muss passen. Der Störfall im AKW Krümmel und die entschlossenen Reaktionen von Umweltminister Sigmar Gabriel sind ein gutes Beispiel dafür. Eine ähnliche Paarung muss die SPD mit Blick auf die Wirtschaftskrise noch finden.